

**Antwort des Senats
auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. Februar 2012**

„Auswirkungen bundespolitischer Steuergesetzgebung der Jahre 2007 bis 2011 auf die Einnahmen des Landes Bremen und der Kommunen Bremen und Bremerhaven bis zum Jahr 2015“

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat folgende Kleine Anfrage an den Senat gerichtet:

„Das Land Bremen und seine beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven befinden sich auf einem fiskalischen Konsolidierungsweg, um die Haushalte nachhaltig strukturell zu sanieren und perspektivisch ab 2020 die Schuldenbremse einhalten zu können.

Die Auswirkungen der bundespolitischen Steuergesetzgebungen, wie z. B. der Unternehmensteuerreform 2008, des Bürgerentlastungsgesetzes, der steuerrechtlichen Bestandteile der Konjunkturpakete I und II, des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sowie des Steuervereinfachungsgesetzes, führten und führen jedoch zu massiven Einnahmeverlusten auch in unserem Bundesland. Das geplante Gesetz zum Abbau der kalten Progression, das gerade in der Beratung zwischen Bundestag und Bundesrat ist, würde weitere Mindereinnahmen für das Land Bremen nach sich ziehen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch sind die Einnahmeverluste im Land Bremen und in den beiden Kommunen (aufgeteilt) durch die jeweiligen bundespolitischen Steuergesetzgebungen seit dem Jahr 2007, gestaffelt nach den einzelnen Gesetzen und den Steuerarten (vollständig) in ihren Auswirkungen für die Jahre 2008 bis 2011, und, wenn darstellbar, perspektivisch bis zum Jahr 2015?
2. Liegen Schätzungen darüber vor, welche Auswirkungen die Anwendung des geplanten Gesetzes zum Abbau der kalten Progression für die Einnahmen des Landes Bremen in den Jahren 2013 bis 2015 hätten?
3. Gab oder gibt es im Gegenzug Regelungen, bei denen die Länder und Kommunen mittlerweile über Steuern oder Steueranteile verfügen können, die vorher Einnahmen des Bundes waren? Wenn ja, welche, ab wann und in welcher Höhe?
4. Gibt es bereits Untersuchungen und/oder Schätzungen über die Verteilungswirkung der bundesgesetzlichen Steuergesetze bzw. Steuerregelungen seit 2007? Für Privathaushalte welcher Größe und welcher Einkommenshöhen haben sich Entlastungen eingestellt? Auf welche bestimmten Unternehmensgrößen, auf welche Branchen wirken die o. g. bundesgesetzlichen Regelungen im besonderen Maße?

1. **Wie hoch sind die Einnahmeverluste im Land Bremen und in den beiden Kommunen (aufgeteilt) durch die jeweiligen bundespolitischen Steuergesetzgebungen seit dem Jahr 2007, gestaffelt nach den einzelnen Gesetzen und den Steuerarten (vollständig) in ihren Auswirkungen für die Jahre 2008 bis 2011, und, wenn darstellbar, perspektivisch bis zum Jahr 2015?**

Antwort zu Frage 1:

Retrospektives Datenmaterial über die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der bundespolitischen Steuergesetzgebung in ihrer Gesamtheit liegt nicht vor. Unter Zugrundelegung der in den Gesetzgebungsverfahren verwendeten Finanztableaus i.d.F. der Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages lassen sich für den genannten Zeitraum prognostizierte Gesamtauswirkungen nach Länderfinanzausgleich von geschätzt rd.

- 749,47 Mio. € (Land Bremen)

- 299,71 Mio. € (Gemeinden)

ermitteln. Zugrunde gelegt wurden hierbei die Auswirkungen für die in den Tableaus ausgewiesenen Zeiträume (in der Regel 5 Jahre) ohne Fortschreibung für spätere Jahre, da diese in einem nicht mehr prognostizierbaren Umfang durch nachfolgende Gesetzesänderungen beeinflusst werden. Hinsichtlich der Aufschlüsselung nach den einzelnen Gesetzen wird auf die beigefügten Anlagen 1 - 10 verwiesen.

Eine Aufschlüsselung nach Steuerarten enthalten die Finanztableaus nicht durchgehend. Daher wird von einer entsprechenden Darstellung abgesehen.

Gleiches gilt für eine Aufschlüsselung nach einzelnen Gemeinden, da das Einnahmeverhältnis der Stadtgemeinde Bremen und Bremerhavens zueinander bei den einzelnen Steuerarten differiert und auch hierfür eine entsprechende Aufschlüsselung erforderlich wäre.

2. **Liegen Schätzungen darüber vor, welche Auswirkungen die Anwendung des geplanten Gesetzes zum Abbau der kalten Progression für die Einnahmen des Landes Bremen in den Jahren 2013 bis 2015 hätten?**

Antwort zu Frage 2:

Durch das Gesetz zum Abbau der kalten Progression können für das Land Bremen und die Gemeinden Minderungen der Einnahmen in folgender Höhe angenommen werden:

2013	- 6,85 Mio. €
2014	- 19,05 Mio. €
2015	- 22,21 Mio. €

- 3. Gab oder gibt es im Gegenzug Regelungen, bei denen die Länder und Kommunen mittlerweile über Steuern oder Steueranteile verfügen können, die vorher Einnahmen des Bundes waren? Wenn ja, welche, ab wann und in welcher Höhe?**

Antwort zu Frage 3:

Eine Änderung der Ertragshöhe hat sich lediglich hinsichtlich der Kfz-Steuer von den Ländern auf den Bund ergeben. Den Ländern steht ab dem 1. Juli 2009 infolge der Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund ein Betrag aus dem Steueraufkommen des Bundes zu. Für 2009 sind dies für die Länder 4.570.882.000 € und ab 2010 jährlich 8.991.764.000 €.

Änderungen des Umsatzsteuerschlüssels zulasten des Bundes sind mehrfach zur Kompensation von Kindergeldanpassungen vorgenommen worden. Diese in den Finanztableaus ausgewiesenen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes sind bereits in den Zahlen lt. Antwort 1 eingearbeitet. Eine weitere Kompensation ist im Entwurf des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression vorgesehen (ebenfalls berücksichtigt).

Nicht ausgewiesen ist eine Änderung des Umsatzsteuerschlüssels nach dem Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (2008). Diese Änderung ist erst im Vermittlungsverfahren beschlossen worden; die exakten Auswirkungen auf die Steuereinnahmen wurden nicht veröffentlicht.

- 4. Gibt es bereits Untersuchungen und/oder Schätzungen über die Verteilungswirkung der bundesgesetzlichen Steuergesetze bzw. Steuerregelungen seit 2007? Für Privathaushalte welcher Größe und welcher Einkommenshöhen haben sich Entlastungen eingestellt? Auf welche bestimmten Unternehmensgrößen, auf welche Branchen wirken die o. g. bundesgesetzlichen Regelungen im besonderen Maße?**

Antwort zu Frage 4:

Analysen über Verteilungswirkungen in dem lt. Anfrage erwünschten Umfang existieren nicht.

Die Höhe der Entlastungen der Privathaushalte ist entsprechend der Tarifsystematik des Einkommensteuerrechts abhängig von der Höhe des zu versteuernden Einkommens, der persönlichen Verhältnisse der Bürger und der Anzahl der zu berücksichtigenden Kinder.

Die Unternehmensgrößen können insoweit die Auswirkungen der Steueränderungen beeinflussen, als großen Unternehmen in der Regel ein breiteres Anwendungsspektrum zur Verfügung steht, im Rahmen dessen sich mehrere Entlastungstatbestände nebeneinander auswirken können. Kleinere Unternehmen kommen dagegen oft nur in den Genuss einzelner Entlastungen (z.B. Anlagevermögen mit entsprechenden Abschreibungsmöglichkeiten ist geringer).

Im Folgenden werden beispielhaft Verteilungswirkungen der jeweils am stärksten aufkommensmindernden Gesetze dargestellt (Auswirkung auf Land und Gemeinden summiert über 50 Mio. €).

Gesetz	Jahr	Auswirkung in Mio. €	Begünstigt
Unternehmensteuerreformgesetz 2008	2007	2008 - 2012 Land - 134,01 Gemeinden -15,65 <u>(s. Anlagen 3 + 4)</u>	- Aktiengesellschaften, GmbH's infolge der Absenkung des KSt-Satzes - Kapitalanleger mit hohem Steuersatz wegen der Einführung der Abgeltungssteuer
Konjunkturpaket I Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“	2008	2009 - 2013 Land - 66,3 Gemeinden - 52,3 <u>(s. Anlagen 5 + 6)</u>	-Handwerksbetriebe und Privathaushalte durch erweiterten Abzug von Handwerkerleistungen -Unternehmen durch Wiedereinführung der degr. Abschreibung -Familien durch Kindergelderhöhung -Kleine und mittlere Unternehmen durch Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen
Bürgerentlastungsgesetz	2009	2009 - 2013 Land - 175,09 Gemeinden - 67,21 <u>(s. Anlagen 7 + 8)</u>	-Versicherte wegen der erhöhten Absetzbarkeit von Kranken- u. Pflegeversicherungsbeiträgen
Gesetz z. Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	2009	2009 - 2013 Land - 64,83 Gemeinden - 22,88 <u>(s. Anlagen 7 + 8)</u>	Pendler erhalten wieder die Fahrtkosten ab dem 1. Kilometer angerechnet
Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung u. Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II)	2009	2009 - 2013 Land - 108,6 Gemeinden - 41,48 <u>(s. Anlagen 7 + 8)</u>	- Alle Bürger durch Verbesserung des ESt-Tarifs/ Anhebung des Grundfreibetrags - Familien erhalten eine Einmalzahlung (Kinderbonus)

Gesetz	Jahr	Auswirkung in Mio. €	Begünstigt
Wachstumsbeschleunigungsgesetz	2009	2010 - 2014 Land - 104,98 Gemeinden - 71,24 <u>(s. Anlagen 7 + 8)</u>	- Kapitalgesellschaften durch erweiterte Verlustvortragsmöglichkeit - Familien durch die Erhöhung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes - Hotel- u. Gasthofbetreiber durch Senkung des USt-Satzes auf 7%

Land Bremen

Gesetzgebung 2007-2011

Anlage1

(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)

Auswirkungen auf die Jahre

	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €
Gesetzgebung 2007	-26,57	-30,16	-31,29	-25,62	-17,54			
Gesetzgebung 2008	-0,15	-23,76	-34,85	-35,01	-28,87	-19,05		
Gesetzgebung 2009		-52,06	-77,55	-101,26	-95,25	-105,52	-22,21	
Gesetzgebung 2010			0,24	-0,32	1,52	2,50	2,48	-1,20
Gesetzgebung 2011				3,48	12,05	-4,80	-17,49	-21,21
Auswirkungen gesamt	-26,72	-105,98	-143,45	-158,73	-128,09	-126,87	-37,22	-22,41

Land Bremen

Summe der Gesamtauswirkungen der Gesetzgebung 2007-2011 auf die Jahre 2008-2015

-749,47 Mio. €

Land Bremen -749,47

Gemeinden -299,71

Land+Gemeinden -1.049,18 Mio. €

Gemeinden

Gesetzgebung 2007-2011

Anlage 2

	(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)							
	Auswirkungen auf die Jahre							
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	€	€	€	€	€	€	€	€
Gesetzgebung 2007	-8,86	-6,73	-6,80	-2,76	3,52			
Gesetzgebung 2008		-9,79	-20,57	-21,02	-14,81	-4,18		
Gesetzgebung 2009		-18,26	-36,76	-43,90	-45,51	-44,91	-14,75	
Gesetzgebung 2010			-0,09	-0,52	-0,48	-0,14	-0,20	-0,33
Gesetzgebung 2011					-0,12	-0,30	-0,60	-0,84
Auswirkungen gesamt	-8,86	-34,78	-64,22	-68,20	-57,40	-49,53	-15,55	-1,17

Gemeinden

Summe der Gesamtauswirkungen der Gesetzgebung 2007-2011 auf die Jahre 2008-2015
-299,71 Mio. €

Land Bremen

Gesetzgebung 2007

Anlage 3

		(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)					
		2008	2009	2010	2011	2012	gesamt 08-12
		€	€	€	€	€	€
REIT-Gesetz (Real Estate Investment Trust-Gesetz)	Gesamt	3,09	3,18	1,32	0,53		8,12
Unternehmensteuerreformgesetz	Gesamt	-28,75	-31,55	-31,34	-24,60	-17,77	-134,01
4. Gesetz z. Änd. d. Kfz-Steuer Gesetzes	Gesamt	-0,10		0,55	0,30		0,75
Gesetz z. weiteren Stärkung des bürgersch. Engagements	Gesamt	-1,17	-1,94	-1,97	-1,99		-7,07
Jahressteuergesetz 2008	Gesamt	0,36	0,15	0,15	0,14	0,23	1,03
Auswirkungen der Gesetzgebung 2007 gesamt		-26,57	-30,16	-31,29	-25,62	-17,54	-131,18

Gemeinden

Gesetzgebung 2007

Anlage 4

		(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)					
		2008	2009	2010	2011	2012	gesamt 08-12
		€	€	€	€	€	€
REIT-Gesetz (Real Estate Investment Trust-Gesetz)	Gesamt	0,59	0,37	-0,19	-0,80		-0,03
Unternehmensteuerreformgesetz	Gesamt	-8,76	-5,66	-5,07	-0,33	4,17	-15,65
Gesetz z. weiteren Stärkung des bürgersch. Engagements	Gesamt	-0,53	-0,89	-0,89	-0,94		-3,25
Jahressteuergesetz 2008	Gesamt	-0,16	-0,55	-0,65	-0,69	-0,65	-2,70
Auswirkungen der Gesetzgebung 2007 gesamt		-8,86	-6,73	-6,80	-2,76	3,52	-21,63

Land Bremen

Gesetzgebung 2008

Anlage 5

		(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)						
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	ges. 08-13
		€	€	€	€	€	€	
Jahresteuergesetz 2009	Gesamt		-1,68	-2,15	-2,32	-2,34	-2,34	-10,83
Konjunkturpaket I Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	Gesamt		-6,62	-19,23	-20,63	-14,18	-5,64	-66,3
Steuerbürokratieabbaugesetz (geringfügige Mindereinnahmen durch Finanzausschuss)	Gesamt	-0,15	-1,41	0,02	0,02	0,02		-1,50
Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes (MoRaKG)	Gesamt		-0,21	-0,71	-1,00	-1,23		-3,15
Eigenheimrentengesetz	Gesamt		-0,18	-0,36	-0,44	-0,51		-1,49
Erbschaftssteuerreformgesetz	Gesamt		-4,10	-2,85	-1,19	-1,18	-1,62	-10,94
Gesetz z. Förderung. v. Familien u. haushaltsnahen Dienstleistungen	Gesamt		-9,56	-9,57	-9,45	-9,45	-9,45	-47,48
Zahlen vor Vermittlungsausschuss								
Auswirkungen der Gesetzgebung 2008 gesamt		-0,15	-23,76	-34,85	-35,01	-28,87	-19,05	-141,69

Gemeinden

Gesetzgebung 2008

Anlage 6

		(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)					
		2009	2010	2011	2012	2013	ges. 09-13
		€	€	€	€	€	€
Jahresteuergesetz 2009	Gesamt	1,74	1,16	0,63	0,62	0,62	4,77
Konjunkturpaket I Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	Gesamt	-7,36	-16,96	-16,55	-10,03	-1,40	-52,30
SteuerbürokratieabbauG (geringfügige Mindereinnahmen durch Finanzausschuss)	Gesamt	-0,06					-0,06
Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes (MoRaKG)	Gesamt	-0,66	-1,27	-1,58	-1,85		-5,36
Eigenheimrentengesetz	Gesamt	-0,07	-0,13	-0,16	-0,18		-0,54
Erbschaftsteuerreformgesetz	Gesamt			-0,02	-0,03	-0,06	-0,11
Gesetz z. Förderung. v. Familien u. haushaltsnahen Dienstleistungen	Gesamt	-3,38	-3,37	-3,34	-3,34	-3,34	-16,77
Zahlen vor Vermittlungsausschuss							
Auswirkungen der Gesetzgebung 2008 gesamt		-9,79	-20,57	-21,02	-14,81	-4,18	-70,37

Land Bremen

Gesetzgebung 2009

Anlage 7

(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	gesamt
	€	€	€	€	€		€
Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	-9,94	-37,74	-44,73	-35,69	-46,99		-175,09
Gesetz z. Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	-21,91	-12,32	-10,20	-10,20	-10,20		-64,83
Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz	-0,04	-0,58	-0,79	-0,92	-0,92		-3,25
Gesetz z. Sicherung v. Beschäftigung u. Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II)	-20,17	-13,73	-24,36	-24,94	-25,40		-108,6
Begleitgesetz z. 2. Föderalismusreform		0,40	0,82	0,84	0,84		2,90
Wachstumsbeschleunigungsgesetz		-13,58	-22,00	-24,34	-22,85	-22,21	-104,98
Auswirkungen der Gesetzgebung 2009 gesamt	-52,06	-77,55	-101,26	-95,25	-105,52	-22,21	-453,85

Gemeinden

Gesetzgebung 2009

Anlage 8

(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	gesamt
	€	€	€	€	€	€	€
Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	-3,26	-15,59	-16,46	-15,30	-16,60		-67,21
Gesetz z. Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale	-7,73	-4,35	-3,60	-3,60	-3,60		-22,88
Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz	-0,15	-0,21	-0,28	-0,32	-0,32		-1,28
Gesetz z. Sicherung v. Beschäftigung u. Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II)	-7,12	-7,96	-8,61	-8,81	-8,98		-41,48
Wachstumsbeschleunigungsgesetz		-8,65	-14,95	-17,48	-15,41	-14,75	-71,24
Auswirkungen der Gesetzgebung 2009 gesamt	-18,26	-36,76	-43,90	-45,51	-44,91	-14,75	-204,09

(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)

	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	gesamt €
Jahressteuergesetz 2010		-3,38	-2,21	-1,20	-1,20	-1,20	-9,19
Gesetz z. Umsetzung steuerl. EU-Vorgaben sowie z.Änd. steuerl. Vorschriften	0,24	0,92	0,82	0,79	0,77		3,54
Haushaltsbegleitgesetz 2011		2,14	2,91	2,91	2,91		10,87
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2010	0,24	-0,32	1,52	2,50	2,48	-1,20	5,22

Gesetzgebung 2011

	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	gesamt €
3. Gesetz z. Änd. d. Umsatzsteuergesetzes Länder/Gemeinden zus.		-5,13				-5,13
Beitreibungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz Länder/Gemeinden zus.	3,48	2,45	2,62	2,72	2,72	13,99
Steuervereinfachungsgesetz (m. FinanzausgleichsG) Länder/Gemeinden zus.		15				15
Gesetz z. steuerl. Förderung v. energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden		-0,27	-0,57	-1,16	-1,72	-3,72
Gesetz z. Abbau d. kalten Progression Länder/Gemeinden zus.			-6,85	-19,05	-22,21	-48,11
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2011	3,48	12,05	-4,80	-17,49	-21,21	-27,97

Gemeinden

Gesetzgebung 2010

Anlage 10

(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. €)

	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	gesamt €
Jahressteuergesetz 2010		-0,75	-0,69	-0,33	-0,33	-0,33	-2,43
Gesetz z. Umsetzung steuerl. EU-Vorgaben sowie z.Änd. steuerl. Vorschriften	-0,09	-0,08	-0,11	-0,13	-0,14		-0,55
Hausaltsbegleitgesetz 2011		0,31	0,32	0,32	0,27		1,22
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2010	-0,09	-0,52	-0,48	-0,14	-0,20	-0,33	-1,76

Gesetzgebung 2011

	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	gesamt €
Gesetz z. steuerl. Förderung v. energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden			-0,12	-0,30	-0,60	-0,84	-1,86
Auswirkungen d. Gesetzgebung 2011			-0,12	-0,30	-0,60	-0,84	-1,86